

Ausbau digitaler Netze

Schnelles Internet in Deutschland

Smart Home, Industrie 4.0, automatisiertes Fahren - Deutschland fit zu machen für die digitale Welt von morgen, ist das Ziel des sogenannten Diginetzgesetzes, das diese Woche in erster Lesung beraten wurde.



Foto: picture alliance

„Die Aufgabe ist klar: Wir brauchen das stärkste Highspeed-Netz der Welt“, erklärte Bundesminister Alexander Dobrindt (CSU) im Plenum. Denn der sprunghafte Anstieg des Datenvolumens wird anhalten: Schätzungen zufolge wird sich das weltweite Datenvolumen bis 2020 verzehnfachen. „Wer die Netze hat, der erreicht die Wertschöpfung“, so Dobrindt. Von daher sei das Diginetzgesetz ein Meilenstein: Es schaffe mehr Bandbreite, weniger Bürokratie und Einsparungen in Milliardenhöhe. Überall, wo der Bund in die Infrastruktur investiert, so zum Beispiel bei der Verlegung neuer Rohre und Leitungen, beim Straßen- und Schienenbau, wird künftig in die Glasfaserinfrastruktur mitinvestiert.

Auch wird es leichter sein, schon bestehende Infrastruktur mitzunutzen. Bei Erschließungsmaßnahmen in Neubaugebieten werden in Zukunft zudem immer gleich Glasfaserkabel mitverlegt.

Durch diese Maßnahmen können die Kosten, die beim Ausbau digitaler Netze entstehen, deutlich gesenkt werden. So kostet die Verlegung von Glasfaserkabeln pro Meter im Schnitt rund 80

Euro. Werden die Kabel bei einer geplanten Baumaßnahme gleich mitverlegt, reduzieren sich die Kosten im Schnitt auf 17,50 Euro - eine Ersparnis von fast 80 Prozent.

Das Diginetzgesetz ist Teil der Gigabit-Strategie der Bundesregierung. So haben sich Unternehmen in der Netzallianz „Digitales Deutschland“ verpflichtet, 18 Milliarden Euro in den Ausbau des superschnellen Internets zu investieren - ein Ziel, das auch erreicht werde, erklärte Dobrindt. Schon jetzt habe sich die Länge der verlegten Glasfaser in dieser

Wahlperiode verdoppelt. Auch das mit insgesamt 2,7 Milliarden Euro ausgestattete Förderprogramm für die Regionen zeigt bereits

Wirkung. Im April haben 55 Landkreise und Kommunen eine Förderzusage erhalten. Damit können über 500.000 Haushalte und Betriebe an das schnelle Internet angeschlossen werden. Die Zahl der Förderbescheide zeige, so auch Ulrich Lange, verkehrspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, „es ist etwas in Bewegung gekommen in Deutschland.“ Er wies darauf hin, dass Bayern noch zusätzlich 1,5 Milliarden Euro investiert.

Ziel: stärkstes Highspeed-Netz der Welt



liebe Leserin, liebe Leser,

die jüngsten Entwicklungen in der Türkei im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Ministerpräsident Davutoğlu und den langjährigen Haftstrafen für regierungskritische Journalisten sind nicht gerade vertrauensbildende Maßnahmen zur Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens.

Nach der Schließung der Balkanroute durch Mazedonien Ende Februar und dem Abschluss des EU-Türkei-Abkommens Mitte März ist die Zahl der über die Türkei in Griechenland ankommenden Flüchtlinge deutlich zurückgegangen - von mehreren tausend auf unter einhundert täglich. Auch die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge ist seit dem Höhepunkt im November mit über 200.000 Flüchtlingen kontinuierlich auf knapp unter 16.000 im April gesunken. Deutschland profitiert dabei insbesondere von der Schließung der Balkanroute.

Aufgrund ihrer Lage ist die Türkei ohne Frage ein Schlüsselland bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und dem effektiven Schutz der EU-Außengrenze. Eine Zusammenarbeit ist daher sinnvoll. Sie darf allerdings nicht zu einer einseitigen Abhängigkeit führen. Deshalb muss die EU alles dafür tun, um die Sicherung der EU-Außengrenzen auch unabhängig von der Türkei voranzutreiben und bestmöglich zu gewährleisten. Die geschlossenen Verträge und Vereinbarungen sind von beiden Seiten einzuhalten. Das gilt insbesondere auch für die Kriterien der Visa-Freiheit. Schon aus Sicherheitsgründen kann es hier keine Rabatte geben - weder für die Türkei noch für andere Länder. Klar ist für uns auch: Ein EU-Beitritt der Türkei kommt nicht in Frage.

Ihre



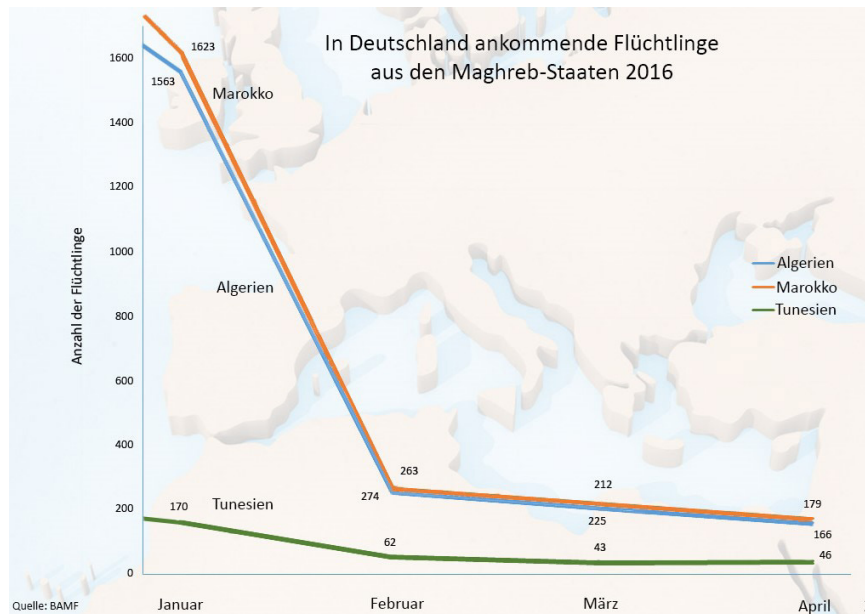
Gerda Hasselfeldt MdB
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Asyl- und Flüchtlingspolitik

Weitere sichere Herkunftsländer

Algerien, Marokko und Tunesien werden zu sicheren Herkunftstaaten. Das hat der Bundestag am Freitag beschlossen. Damit können die Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten deutlich beschleunigt werden. Denn die Antragsteller aus diesen drei Ländern haben so gut wie keine Aussicht auf einen Schutzstatus. Das Gesetz bedarf allerdings noch der Zustimmung des Bundesrates, um in Kraft treten zu können.

Dass die Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsländer Erfolge zeigt, lässt sich anhand der Westbalkanländer belegen. Aus diesen Ländern ist die Zahl der Antragsteller drastisch zurückgegangen. Und auch in den drei Maghreb-Staaten hat bereits die Ankündigung, sie zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, zu einem deutlichen Rückgang der Asylsuchenden geführt. „Es geht um ein Signal,“ machte Michael Frieser, innenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, deutlich. Die Schutzquoten zeigen: In den allermeisten Fällen lag kein Anspruch auf Asyl vor. Frieser stellte gleichzeitig klar, dass auch nach der Einstufung als sicherer Herkunftstaat der individuelle Anspruch auf ein Asylverfahren mit Einzelfallprüfung besteht. Lediglich das Verfahren könne schneller durchgeführt werden.



Diese Woche

- Ausbau digitaler Netze
Schnelles Internet in Deutschland 1
- Asyl- und Flüchtlingspolitik
Weitere sichere Herkunftsländer 2
- Majestätsbeleidigung
Keine Schnellschüsse bei Abschaffung §103 2
- Gesprächskreis Islam der CSU-Landesgruppe** 2
- Kommentar von Dagmar Wöhrl
Fluchtursachenbekämpfung – warum das die wichtigste Vokabel in der Flüchtlingsdebatte sein sollte 3
- TTIP
„Die EU lässt sich nicht über den Tisch ziehen“ 3
- 100 Jahre Verdun
Freundschaft, die sich ihrer Vergangenheit bewusst ist 4
- Behindertengleichstellungsgesetz
Ein guter und großer Schritt vorwärts 4

IMPRESSUM:
Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Henning Schacht
Verantwortliche Redakteure: Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Majestätsbeleidigung

Foto: dpa

Keine Schnellschüsse bei Abschaffung §103

Keine Schnellschüsse, sondern sorgfältiges Nachdenken soll es bezüglich der Abschaffung des Paragraphen 103 des Strafgesetzbuchs geben. Zwar hat die Opposition am Donnerstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, um den sogenannten Majestätsbeleidigungsparagraphen zu streichen, Volker Ulrich machte jedoch deutlich: „Von einem Parlament wird nicht erwartet, schnell und hektisch zu handeln.“ Gesetzgebung benötige vielmehr klare Orientierung, Verlässlichkeit und Sorgfalt. „Es braucht eine ernstzunehmende Verantwortung“, stellte Ulrich im Bundestag dar. Meinungsfreiheit sei zweifelsohne ein hohes Gut. Sie finde jedoch ihre Grenze in anderen Grundrechten wie der Würde des Menschen.



Gesprächskreis Islam der CSU-Landesgruppe

Die Diskussion über die Rolle des Islam in Deutschland hat seit der Flüchtlingskrise noch einmal an Dynamik gewonnen. Vergangenes Jahr hat die CSU-Landesgruppe deshalb einen Gesprächskreis zum Thema Islam unter der Leitung von Alexander Radwan ins Leben gerufen. Ziel ist, mit Islam-Experten aus Religion, Wissenschaft und Politik ins Gespräch zu kommen und sich über unterschiedliche Aspekte auszutauschen. Beim letzten Treffen wurde die Frage diskutiert „Ist der Islam ein Integrationshindernis?“ Als Gesprächspartnerin eingeladen war die Publizistin Necla Kelek. Sie forderte unter anderem, an den Universitäten nicht nur Islamlehre, sondern auch Islamkunde zu unterrichten.

Kommentar von Dagmar Wöhrl

Fluchtursachenbekämpfung – warum das die wichtigste Vokabel in der Flüchtlingsdebatte sein sollte

Nur, wenn die Menschen eine wirkliche Zukunftsperspektive haben, bleiben sie in ihrer Heimat. Davon ist Dagmar Wöhrl, Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, überzeugt. In ihrem Kommentar fordert sie deshalb noch mehr Engagement, um die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge ist in den letzten Wochen drastisch gesunken. Weder bedeutet dies, dass die Fluchtursachen verschwunden sind, noch, dass wir bei unseren Anstrengungen in der Fluchtursachenbekämpfung nachlassen dürfen. Im Gegenteil, wir müssen unsere Bemühungen noch intensivieren. Der Konflikt in Syrien ist nicht beendet, die Situation in den umliegenden Staaten weiterhin sehr angespannt; in Afghanistan verschlechtert sich die Sicherheitslage, und immer mehr Menschen aus Subsahara-Afrika kommen in Libyen an. Führen wir uns vor Augen: Libyen ist der neue Krisenherd, direkt gegenüber von Europa. Die Zahlen der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Italien kommen, steigen nach der Schließung der Balkan-Route wieder stark an. Seit Januar waren es schon knapp 30.000 Menschen. Mehr als doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum 2015. Diese Zahlen verdeutlichen, dass wir die Herausforderungen in der Flüchtlingsfrage nicht nur durch das Schließen von Grenzen lösen können, denn die Flüchtlingsrouten werden sich jedes Mal wieder verändern. Auch mit Blick auf die Türkei dürfen wir uns



Foto: privat

nicht zu stark in die Abhängigkeit von anderen begeben, um die Zahlen der Flüchtlinge zu begrenzen, die zu uns kommen. Der Schlüssel zur Lösung liegt darum einzig und allein in der Fluchtursachenbekämpfung. Nur wenn wir den Menschen vor Ort eine wirkliche Zukunftsperspektive geben können, werden sie langfristig nicht ihre Heimat verlassen.

Wichtig ist ein ausgewogener Mix aus schnell wirksamen und langanhaltenden Maßnahmen, den wir im

Plenum am Donnerstag beraten haben. Wir leisten auf der einen Seite Not- und Übergangshilfe, um die unmittelbare Not der Flüchtlinge zu lindern. Auf der anderen Seite arbeiten wir an langfristigen Maßnahmen, die dazu dienen, die Widerstandsfähigkeit der Gemeinden für die Aufnahme weiterer Flüchtlinge zu stärken. Damit die Menschen dort unter würdigen Bedingungen leben können, eine Zukunftsperspektive vor Ort erhalten und nicht weiter nach Europa ziehen müssen.

TTIP

„Die EU lässt sich nicht über den Tisch ziehen“

Für viele ist TTIP ein rotes Tuch. Täglich gibt es neue Schlagzeilen. Nur wenige aber wissen, was das transatlantische Freihandelsabkommen wirklich bedeuten würde. „Das Abkommen wäre für unser exportabhängiges Land eine riesige Chance“, stellte der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Karl Holmeier, im Deutschen Bundestag klar.

Die Förderung des freien Handels zwischen Europa und Amerika sei grundsätzlich wichtig - „natürlich mit fairen Standards“, betonte Holmeier in seiner Rede. Die USA sind mittlerweile Deutschlands größter Handelspartner. Vor allem mittlere Unternehmen würden von Handelserleichterungen wie dem Abbau von Zöllen profitieren. „Gerade durch den Wegfall von doppelten Tests und Zertifizierungen kann auch der Mittelstand erhebliche Kosten sparen“, so Holmeier. Dennoch ist TTIP viel Kritik ausgesetzt. Greenpeace veröffentlichte erst kürzlich geheime Verhandlungsdokumente,

schürte damit Angst. Dabei enthielten die Unterlagen nichts Neues: „Sie vermitteln lediglich einen Einblick in übliche Verhandlungsstrategien, bei denen Maximalforderungen gestellt, verhandelt und am Ende natürlich geschliffen werden.“

Holmeier machte auch deutlich, dass die hohen deutschen und europäischen Standards im Arbeitsleben, beim Datenschutz, beim Umwelt- und Verbraucherschutz, bei der Daseinsvorsorge und bei der Gentechnik nicht verhandelbar sind. „Natürlich schützen wir unsere Bürger.“ Es ist klar, dass die

Wünsche der Amerikaner nicht eins zu eins übernommen werden. „Die EU lässt sich nicht über den Tisch ziehen.“ Vielmehr gehe es für Europa darum, dass die hohen Standards künftig auch in Amerika gelten. Wenn TTIP allerdings nicht als Chance begriffen werde und deshalb nicht zu Stande käme, bestimmten künftig andere außereuropäische Nationen die weltweiten Standards. China oder Indien beispielsweise sind schließlich schon in den Startlöchern – und dass könne keinesfalls im Interesse der deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher sein.

100 Jahre Verdun

Freundschaft, die sich ihrer Vergangenheit bewusst ist

Welche Lehren ziehen wir aus der Schlacht von Verdun? Im Ersten Weltkrieg wurde sie zum Symbol für den entmenslichten Krieg. Die CDU/CSU-Fraktion lud zum Kongress nach Berlin – gerichtet vor allem an junge Leute. Einer von ihnen ist der französische Student Francis Masson. Er vertritt seine Generation auf dem Podium.

Herr Masson, Sie sind 23 Jahre alt und studieren European Studies mit Schwerpunkt deutsch-französische Beziehungen. Welchen Bezug haben Sie zur Schlacht von Verdun?

Durch mein Geschichtsstudium an französischen und deutschen Universitäten habe ich einen besonderen Blick auf die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Die Schlacht von Verdun verstehe ich als Symbol einer schrecklichen Machtprobe zwischen Nationalstaaten, die auf Kosten der Bevölkerung stattfand. Heute – ein Jahrhundert nach Verdun – ist auf dem europäischen Kontinent eine Gemeinschaft entstanden, die kein Interesse mehr an Krieg zwischen seinen Mitgliedern haben kann. Deshalb ist die EU ein erfolgreiches Projekt, um den Frieden zwischen ehemaligen Gegnern zu sichern.

Heute gilt Verdun als Ort der Aussöhnung. Wie sollten sich junge Franzosen und Deutsche begegnen und was wünschen Sie sich für das Verhältnis?

Durch die deutsch-französische Versöhnung wurde Verdun auch zum Symbol einer Freundschaft, die sich ihrer Vergangenheit bewusst ist und ihre Werte zu schätzen und zu



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

pflügen weiß. Deswegen muss die Begegnung junger Franzosen und Deutscher an Erinnerungsorten wie Verdun gefördert werden. Damit wird das Bewusstsein unserer gemeinsamen Vergangenheit bewahrt. Doch nicht nur Deutsche und Franzosen sollten sich begegnen, sondern auch Menschen anderer Nationalitäten sollen miteinbezogen werden – damit sich unsere Partner bewusst werden, welche positiven Folgen die Aufarbeitung der schwierigen gemeinsamen Geschichte von Nachbarländern haben kann. Nur so können die Werte der EU als Friedensprojekt an die nächsten Generationen weitergegeben werden.

Was bedeutet Europa für Sie – auch mit Blick auf die Geschichte und die Lehren von Verdun?

Dass die EU zuerst ein Weg zur Sicherung des Friedens ist, wurde von meiner Generation verinnerlicht. Die jungen Leute von EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich und Deutschland haben aber keinen direkten Bezug mehr zu den Schrecken des Krieges. Unsere Erwartungen an die EU richten sich deshalb eher an die Sicherung der Zukunft. Die EU, also die 28 Mitgliedstaaten, muss dafür sorgen, dass es heute in Europa keine wirtschaftlich geopfert Generation gibt – eine Generation, die wirtschaftlich abgehängt ist.

Behindertengleichstellungsgesetz

Ein guter und großer Schritt vorwärts



Foto: picture alliance

„Die Weiterentwicklung des Behinderten-Gleichstellungsrechtes ist ein guter und großer sowie ein wichtiger Schritt vorwärts“, stellte Astrid Freudenstein (CSU) bei der Verabschiedung des Gesetzes im Plenum fest. „Vieles wird besser, weil wir im Bund mit gutem Beispiel vorangehen.“ So

werden Behörden verpflichtet, ihre Texte künftig für Behinderte verständlicher in leichter Sprache zur Verfügung zu stellen. Die Barrierefreiheit im Bereich Bau und Informationstechnik wird verbessert, es wird eine Schlichtungsstelle mit einem kostenlosen Schlichtungsverfahren eingerichtet.

Und die Mitnahme etwa von Blindenhunden oder benötigten Hilfsmitteln ist künftig stets zulässig. Freudenstein wies darauf hin, dass das Ideal der „Barrierefreiheit“ sehr weitreichend sei. Es gehe nicht nur um die Beseitigung baulicher Schwellen, sondern auch darum, dass Sehbehinderte, Gehörlose, geistig und seelisch Behinderte sämtliche Anlagen, Verkehrsmittel und Medien ohne fremde Hilfe nutzen können. Dieses Ideal werde man so aber nicht erreichen können. Jetzt könne man entweder - wie die Opposition - die Untätigkeit der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kritisieren. „Oder“, so Freudenstein, „man geht Schritt für Schritt diesem Ideal entgegen. Das tun wir heute mit dem neuen Bundesgleichstellungsgesetz.“